

leicht das zur Genüge die Kalkulation einer Situation, wie sie sich aus dem Scheitern der Verhandlungen mit den Deutsch-nationalen ergeben hat. Die Sozialdemokratie schweigt bereits in dem Vorgefühl ihrer neuen Machtstellung, an der sie die fürstlichste Parteistellung erhob. Die präsentierten ihre Gegenforderungen, indem der "Vorwärts" mit innerer Bemerkung darauf hinweist, daß die Regierung "gegen den Druck von rechts den Druck von links brauche", daß aber dieser Druck von links "nur für sie wirken werde, wenn sie ehrlich willens sei, nicht nur für das Gutachten, sondern auch für die Republik und soziale Gerechtigkeit einzustehen". Nach Klarer formuliert die sozialistische "Arbeiter-Ztg." die letztere Bedingung dahin, daß die Regierung "für eine sozial gerechte Verteilung der unvermeidlichen Kosten" einzustehen habe. In der Diktaturklärung aber liest man den Satz: "Die Regierung werde ihr ganzes Augenmerk darauf richten, daß die sich für unser ganzes Volk ergebenden Kosten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden", und man versteht sofort die Verbeugung nach links, die hier Dr. Marx macht. Aber er ert, wenn er annimmt, daß eine Zurückhaltung aller unpolitischen Fragen bis zur Erledigung des Gutachtens von der Sozialdemokratie gebildet werden oder auch nur überhaupt möglich sein wird. Die innere Politik ist das ursprüngliche Kampffeld der Sozialisten. Auf ihm die verloren-gewonnenen Positionen wiederzuerlangen, ist ihr Ziel, von dem sie sich durch eine Zurückhaltung der inneren Politik nicht abbringen lassen werden. Die zweifelhafte gegen den völkerver-träglichsten Antrag auf Wiedereinführung der Flagge Schwarz-

weiß-rot stehende Forderung nach dem Schutz der Republik deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie ihre Machtstellung zur Geltung bringen will. Daneben drängen aber auch die innerpolitischen Fragen so sehr, daß sie unbedingt in Angriff genommen werden müssen. Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise, zur Feuerlichen Entlastung wichtiger Produktionszweige sind nicht minder dringend als ein energisches Vorgehen gegen die kommunistische Gefahr, von der die letzten Reichstagsdebatten einen klaren Vorgeschmack gegeben haben. Es kann heute angefaßt der Entschlossenheit über die fürchtbaren kommunistischen Kampfvorbereitungen und angesichts des anmahenden Ausbreitens der Kommunisten im Reichstag seinen Augenblick mehr zweifelhaft sein, daß die Gefahr von links droht, gegen die die geschwächte und radikalisierte Sozialdemokratie keinen auch nur irgendwie haltbaren Wall bildet. Und wenn in diesem Augenblick die Regierung es für ratsam halten kann, gegen den "Druck von rechts" den "Druck von links" mobil zu machen, oder überhaupt in der Innenpolitik die Hände in den Schoß zu legen, so zeigt das die völlige Sinnlosigkeit einer Regierung, die infolge ihrer inneren Schwäche den drängenden Aufgaben des Augenblicks nicht gerecht werden kann. Ueber der Regierung Marx schwebt das Damoklesschwert einer zu rückwärtigem Kampf entschlossenen Opposition von mindestens 219 Reichstagsabgeordneten und an ihr hängt das Weltgewicht einer Partei, die erst im vorigen Herbst bewiesen hat, daß sie selbst in den kritischsten Zeiten den Weg vom Parteigewinn zum Staatspolitik nicht finden konnte.

Painlevé Kammerpräsident.
Paris, 4. Juni. Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Präsidenten vorgenommen und dazu darauf die Wahl von vier Vizepräsidenten, drei Quästoren und 8 Sekretären. Nach einer vorläufigen Abstimmung, die aber vielfach durch die Auszählung der Urnen noch eine Präzisierung erfahren wird, erhielt Painlevé 206, Maginot 209 Stimmen, während 27 Stimmen der Kommunisten auf den Namen des Abgeordneten Marin, den ehemaligen Berufstaktiker der Schwarzen Meer-Flotte, abgegeben wurden.
In den Wandelungen der Kammer verlor, daß an stellvertretenden Vorsitzenden 4 Kandidaten des Blocks der Linken, und zwar der Radikale Justin Godard mit 308 Stimmen, Renaudin von der radikalen Linken mit 301, der Sozialist Varenne mit 299 und der Radikale Dumoulin mit 298 Stimmen gewählt sind.
Die Sitzung wurde nach einstündiger Unterbrechung um 6,30 Uhr wieder aufgenommen. Nach Verlesung der Ergebenisse der Schriftführer- und Quästorenwahl erklärte der Kammerpräsident Abg. Vinarz das Bureau der Kammer für konstituiert und forderte den Vorsitzenden auf, seinen Platz einzunehmen.
Painlevé
ergriff darauf das Wort zu seiner Antrittsrede. Er stellte fest, daß es ihm nicht zustehe, ein politisches Programm zu formulieren. Es werde Sache der Regierung sein, im Einvernehmen mit der Mehrheit aus den Wahlen die Lehre zu ziehen. Das allgemeine Stimmrecht gelte für alle und ihm müsse ein jeder sich beugen. "Das Volk hat geantwortet", rief Painlevé, "es lebe die Republik!" Der kommunistische Abgeordnete Marty rief daraufhin "Amnésie, Amnésie!" Painlevé fuhr fort: Seine Freunde und er achteten die Verfassung und das Recht. Man täusche sich, wenn man die Wahlen für das Ergebnis des Ausdrucks der Unzufriedenheit halte. Sie seien vielmehr eine Kundgebung des Vertrauens in die Zukunft der Demokratie und eine unermeßliche Friedenserwartung. Eine unermeßliche und sinnlose ausländische Propaganda, die von französischer Seite mitunter in ihrer Aufgabe erleichtert worden sei durch Organe und Intrigen unvorsichtiger Minderheiten, habe dem Märchen von einem imperialistischen und militärischen Frankreich Raum verschafft. Heute gebe es in der Welt niemanden, der, wenn er loyal sei, nicht anerkenne, daß das französische Volk trotz seiner Leiden und seiner Verluste keinen anderen Ertrag als den eines gerechten Friedens habe, gerecht für alle Völker. Painlevé erinnerte an das Jahr 1917, wo mitten im Kriege die Kammer der Erklärung beifallig geäußert habe: Unsere Forderungen sind unabhängig vom Schicksal der Schmachten, sie sind diejenigen des Rechtes selber. Der Sieg wird auch ihren Sieg bedeuten, aber er wird sie nicht erhöhen. Das sei das Ideal, das während der schlimmsten Prüfungen den Mut der französischen Soldaten geklärt und die Anlagen Frankreichs einig gehalten habe. Diesem Ideal wird auch das Frankreich der Zukunft treu bleiben und auf ihm einen neuen Frieden aufbauen. Die schwerste Resolubition, die man Frankreich auferlegen könne, sei die, es für lässig zu halten, nach überhandnehmender Gefahr die Grundzüge zu verlegen, in deren Namen ihm die freien Nationen zu Hilfe gekommen seien. Wir sind uns als Sieger nicht mit einer Welt ab, in der die Gewalt noch Derr und Weister sein soll, wie zu der Zeit, als wir als Besiegte sie verlor. Mit allen Kriegsteilnehmern und allen Verwundeten, mit allen, die den Krieg mitgemacht haben, und die traurigen Spuren davon noch bewahren, haben wir Vertrauen in die Zukunft des Völkerbundes, nicht in die Bismarck'sche Formel, an der wir so oft Kritik geübt haben. Wir wollen die Macht in den Dienst des Rechtes stellen. Es handelt sich nicht darum, die gerechten Forderungen Frankreichs aufzugeben oder umsonst zu opfern.
Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Verzicht auf die Ungerechtigkeiten, und die Republik, die nach einem halben Jahrhundert vollkommen wiederhergestellt wurde, wird nicht verblassen und schwach sein.
Wir verkennen nicht, daß revolutionäre Kräfte Macht in unser altes Europa beanspruchten. Wenn sich innerhalb unserer Grenze imperialistische Parteien bilden sollten, die unser menschliches Streben als eine Wirkung ihrer Drobungen auslegen sollten, so wäre das ein bedauerlicher Irrtum, dem sie selbst und die Nation, die sie gekämpft hätten, zum Opfer fallen würden.
Aber wir wissen auch, daß zugleich mit diesen böswilligen Antitionen menschenwürdige Behauptungen auf den Frieden und auf die Freiheit gerichtet sind, und es wäre ein Verbrechen, sie zu erlösen unter dem Vorwand, daß sie noch schwach sind, anstatt sie bei ihrer Entwicklung zu unterstützen, bis sie genügend Kraft erlangt haben, um den Sieg davonzutragen, in der Stunde, in der alle Mächten, in der alle Demokratien die französischen Wahlen begrüßen, in der Stunde, in der sie nach einem edlen Wort mit Freunden feststellen, daß Frankreich nicht mehr am Hals der Welt verweilt, daß nicht in Frankreich selber durch eine hartnäckige Kampagne Mißtrauen gestiftet und im voraus das Verfall der kommenden Regierung in Verzug gebracht und eine wirtschaftliche Katastrophe prophezeit wird.
In der Abschlusssitzung der Kammer erklärte der Vorsitzende Painlevé, daß er das Haus für morgen nachmittags zur Giltigkeitserklärung einer Anzahl von Wahlergebnissen einberufe. Aus der Mitte verlangten darauf einige Abgeordnete die Verlegung der Kammer auf nächsten Dienstag. Der Vorschlag wurde durch Handaufheben abgelehnt. Um 7,15 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben. Nächste Sitzung morgen nachmittags 3 Uhr. (W. T. B.)

Die Haftentlassungsanträge im Reichstag.

Der Kommunistenkanal geht weiter.

Berlin, 4. Juni. Nach der Rede des Kommunisten Koenig, die von seinen Fraktionsgenossen mit lebhaftem Händeklatschen aufgenommen wurde, verweist Vizepräsident Dr. Richter mit Nachdruck darauf, daß es nicht der Wertigkeit des Hauses entspreche, in die Hände zu kommen. Wenn diesem Bund der Fraktionen nicht nachgegeben wird, müsse er geistlich-ordnungsähnliche Mittel ergreifen.
Abg. Dr. Neff (Zentrum): Der Reichstag habe keinerlei Befugnis, den Beweis der Behauptungen des Reichsanwalts über zu führen oder sie glaubhaft zu machen. Er würde ja dadurch in die Rechtspflege eingreifen, also könne auch den Kommunisten nur an einer schnellen Gerichtsentscheidung gelegen sein, aber bei ihnen handele es sich nur um Schand. Hier handele es sich nicht bloß um politische Verbrechen, es komme auch gemeine Verbrechen nach der Darstellung des Reichsanwalts in Frage. Annullieren der Kommunisten könne kein Ausnahmegericht statuiert werden. (Lärm bei den Kommunisten.)
Abg. Brodau (Dem.): Wenn auch nur ein kleiner Teil der Beschuldigungen erwiesen werde, habe man es mit der schimmlichen Verleumdung der Verfassung und des Staates zu tun. Seine Freunde würden sich freuen, wenn die Zentrale und ihre Mitglieder durch die Untersuchung entlastet würden, aber das Verfahren gegen die beiden Angeklagten müsse seinen Gang gehen. Das Interesse der Kommunisten an den ungehörten Fortgang der Reichstagsverhandlungen scheine nach ihrem ganzen Auftreten hier und besonders nach dem Debit der Frau Ruth Richter nicht allzu groß zu sein. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gebiete den gleichen Standpunkt gegen die Herren auf der Rechten einzunehmen, die sich wie die Deutsch-völkischen auf dem gleichen sittlichen Niveau befänden. (Großer Lärm bei den Nat.-Soz.) Dort sei u. a. das Schandwort Judentum gefallen, das sei kennzeichnend für diese Herren. Die Demokraten wollten gleiches Recht für Hochverräter von links und rechts.
Abg. Denning (Nat.-Soz.): Sechs Kommunisten lasse man frei. Kriebel, der ein Ehrenmann sei (Lärm bei den Kommunisten), müsse in Haft bleiben. Das sei die Gerechtigkeit des Reichstages. Im Ausblick habe das Zentrum sich für seine Freunde erklärt, um so größer sei das Erkennen über den Unfall des Zentrums im Plenum. Auch Dietmann habe sich dort grundsätzlich für Immunität ausgesprochen. Im Plenum hätten die Sozialdemokraten ihren Grundsat: Recht soll Recht bleiben, aufgehoben. Ausgesprochen ein Mann von der Vergangenheit Dietmanns mache sich an, von Kriebels Landesverrat zu sprechen. (Stürmischer Zustimmung bei den Nationalsozialisten. Ausruf: Novemberverbrecher, Hochverräter!) Wir treiben keinen Raubhandel wie die Sozialdemokraten. (Große Unruhe und andauernde Erregung im Hause. Ausruf: Adipien!) Es ist der Stolz unserer deutschvölkischen Fraktion, daß sie auch nicht einen Tropfen jüdischen Blutes in ihren Adern aufweist. (Stürmischer Widerspruch und bedauernde Lärm.) Wenn die Herren Drefemann und Marx die Wirtschaftspolitik unentwegt weitertreiben, die das deutsche Volk zum Erliegen bringen muß, so sind auch sie vaterlands-liebe Männer, mögen sie ihre Vaterlandsliebe noch so betonen. Wir werden unsere Arbeit am Deutschlands Rettung unbeeinträchtigt und unerschrocken fortführen. (Wärmende Zurufe aus dem Reihen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums.) Wir werden Rechtschaffen fordern auch für München. Die Mehrheit hat uns auch vom Schriftführeramt ausgeschlossen, obwohl wir 22 Mitglieder sind, und daran hat sich die Deutsche Volkspartei mitausgesprochen. Welch dumme Madenschichten müßten vor sich anschauen sein, wenn eine Regierung ohne Volkswille zustande kommen konnte, nachdem sich Millionen für uns erklärt haben. Die Kommunisten haben ja kaum einen wirklichen Arbeiter oder einen echten Proletariat unter sich. Das Ansehen hat hat sogar über Herrn Madel seine schwebende Hand gehalten. (Lärm bei den Kommunisten.) Herr Madel und ich kennen uns sehr gut. (Große Heiterkeit.) Herr Madel war damals mit Wissen und Willens des Herrn von Marbach in Berlin. (Stürmischer Hört! Hört!) Die Diktatur des Proletariats ist längst durch die jüdische Diktatur gegen das Proletariat ersetzt worden. (Lärm bei den Kommunisten. Immer wiederholte Ausruf: Ludendorff. Abg. Thälmann ruft:

Schust, Deuchler! und wird zur Ordnung gerufen.) Der Kampf geht allein darum: Vaterland oder Sowjetieren. (Lärm bei den Kommunisten. Beifall rechts.)
Abg. Levi (Soz.) polemisiert gegen die Völkischen und greift Ludendorff an, der vor Gericht wie ein erwidelter Schuldbube gelogen habe. Richter fragt, ob der deutsche Geist etwa zu Hause sei bei den Brandes und Thor-manns. (Lärm bei den Nat.-Soz.: Seipelmörder, Jurist links; Mathemaumörder! Bei weiteren Ausführungen des Redners wird von einem nationalsozialistischen Abgeordneten gerufen: Adler.) Abg. Levi (fortfahrend): Wir verstehen Adler nicht, wir verstehen uns zu ihm. (Lärm: Weil er ein Jude ist.) Ludendorff sei im November 1923 in München marschiert und habe nachher auf dem Bunde ge-liegen. (Lärm bei den Nat.-Soz.: Unverschämter Vagner.)
Vizepräsident Dr. Richter ruft den Lärm auf seine Auf-forderung meldenden Anwesenden zur Ordnung.
Redner begründet weiter die Stellungnahme der Sozial-demokraten für Haftentlassung der Wba. Lindau und Pfeiffer. Die deutschen Arbeiter trügen nicht die Lasten um politischen Mord. Geleitet hätten sie den Gebrauch der Sprengstoffe und des Dolches erst von der Rechten. Was die Arbeiter in vierjährigem organisiertem Kampf gelernt, das verlernten sie so schnell nicht wieder. Turmhoch über der von der Rechten gerügten stillen Verwirrung erhebt sich die stille Verworfenheit der deutschen Justiz. (Vizepräsident Dr. Richter rügt diesen Ausdruck.)
Abg. Thälmann (Komm.)
beseitigt sich mit seinen Freunden zu dem bewaffneten Aufstand.
Es wäre von ihrer Seite geradezu ein Verbrechen, wenn sie ihn ablehnten. (Sehr wahr bei den Kommunisten.) Das Ver-tennis zum bewaffneten Aufstand sei der Bräutigam für jede proletarische Partei. Im revolutionären Kriege müsse die Bourgeoisie niedergekämpft werden. (Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Dr. Richter macht wieder-holt darauf aufmerksam, daß das Händeklatschen im Reichst-age nicht zulässig sei.
Abg. Kohl (D. Vp.): Wenn etwas Bewiesen habe, daß der Reichstag gegen kommunistische Ausschreitungen energisch vor-zugehen müsse, so sei es die Rede Thälmanns gewesen, der den Kampf mit allen Mitteln, auch den verbrecherischsten, empfahl. Es sei eine Verandredung mit Aufreizung zum Mord und allen verbrecherischen Taten gewesen. Da hätten die Herren ihr wahres Gesicht gezeigt. (Lärm bei den Kommunisten: Sie wollen ja die Wahrheit hören!) In einem Punkte hätten sich freilich die Darlegungen der Kommunisten und Sozialdemokraten berührt. Dr. Levi habe von der Ver-worfenheit der deutschen Justiz gesprochen. Das müsse entschieden zurückgewiesen werden. Redner wendet sich dann gegen die Deutschvölkischen, deren Nachbarschaft bedauerlicher-weise die Deutsche Volkspartei dulden müsse. (Lärm bei den Nationalsozialisten. Zuruf der Kommunisten.) Mit den Herren von links beschäffige er sich nicht weiter, denn man müsse sich schämen, mit ihnen hier zusammenzutreffen. Die Deutschvölkischen aber haben ein nahezu kommunistisches Programm entwickelt. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Sie treten ja auch für den Achtundtagskrieg ein. Die Rede Denning sei das höchstmaß politische Unfähigkeit gewesen. Mit Bezug auf diese Rede treffe das Wort eines ihrer Anhänger zu: Wir sind die geistige Entertien. (Heiterkeit. Beifall bei der Vp.)
Abg. Dietmann (Soz.) weist die Behauptung Thälmanns als "erkümmert und erlogen" zurück, daß auch die Sozialdemo-kratische Partei sich bereitgefunden habe, die kommunistische Partei zu verbieten. — In persönlicher Bemerkung weist Abg. Denning die Bemerkung zurück, daß sein Programm sich nicht viel von dem kommunistischen unterscheidet.
Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kom-munisten wird dann die Freilassung der kommunistischen Ab-geordneten Lindau und Pfeiffer abgelehnt; ebenso die Freilassung des Abgeordneten Schlecht (Komm.), dessen Fall aber weiter geprüft werden soll.
Der Präsident beraumt sodann die Sitzung auf 3 Uhr an mit der Tagesordnung: Entlassung einer Erklärung der Reichsregierung. Die Kommunisten verlangen, daß zunächst über ihren Antrag auf Freilassung aller politischen Gefangenen verhandelt werde, was indessen abgelehnt wird.

Die Großhandelsrichtzahl.
Berlin, 4. Juni. Die auf den Stichtag des 3. Juni be-rechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 27. Mai (120,2) weiter um 1,5 v. D. auf 121,7 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen sanken im gleichen Zeitraum die Lebensmittel von 103,4 auf 100,9 oder um 2,4 v. D., wovon die Gruppen Getreide und Kartoffeln von 89,5 auf 87,8 oder um 1,9 v. D., die Industriestoffe von 151,8 auf 151,1 oder um 0,5 v. D., (davon die Gruppe Rohle und Eisen mit 144,7 nahezu unverändert), die Inlandwaren von 109,8 auf 108,7 oder um 1 v. D., und die Einfuhrwaren von 172,7 auf 169,8 oder um 1,6 v. D., nach. Für den Durchschnitt des Monats Mai ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 124,1 auf 122,5 oder 1,3 v. D. Von den Hauptgruppen sanken in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 109,7 auf 108,8 oder um 0,8 v. D., während die Industriestoffe von 150,9 auf 152,2 oder um 0,9 v. D. anwogen.

Das Ausland zur deutschen Regierungsbildung

Englisches Urteil über das neue Kabinett.
London, 4. Juni. In dem Berliner Bericht eines Lon-doner Blattes über die in der letzten Woche stattgehabte Sitzung des Reichstages, die Deutschland in der letzten Zeit durchgemacht hat, hat seine so sehr zum Vorden gelangte, wie die gegenwärtige. Die Folgen müssen natürlich sein, daß eine neue Regierung, die so deutlich das Gepräge parlamen-tarischer Gleichgewichtigkeit trägt, und die so wenig als Ver-förderung des bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillens betrachtet werden könne, gegenüber dem Ausland von vornherein die denkbar geringste Autorität besitze. Die deutsche Außenpolitik erleihe durch diese Parteilichkeit und durch die persönliche Haltung einzelner Politiker den größten Schaden. Den besten Beweis dafür liefere die Bemerkung MacDonalds in der gestrigen Unterhausdebatte, der auf eine Anfrage erklärte, das Haus dürfe versichert sein, daß die englische Regierung über ihre Auffassung hinsichtlich der deutschen Regierungsbildung, insbesondere hinsichtlich der Ernennung des Admirals v. Tirpitz zum Reichszentraler, in Berlin keinen Zweifel gelassen habe. Wenn der Regierungs-leiter eines fremden Staates es für angebracht halte, in offener Parlamentssitzung mit solcher Selbstverständlichkeit die Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten auszusprechen, so gelte das am besten, wieviel Deutschland mit der gegen-wärtigen parlamentarischen Methode gekommen sei und welches Ansehen es sich damit in der Welt erworben habe.

Ein Novum in der Geschichte der Demokratie.
Die Schweiz über Ebert.
(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)
Basel, 4. Juni. Die Schweizerische Presse aller Partei-schattierungen verurteilt vom demokratischen Standpunkte aus die Vorgänge, die in Deutschland die Regierungs-neubildung begleiten. Der "Basler Anz." schreibt: Nie hat in Deutschland der Wille eines einzelnen unbeschränkter ge-herrscht als jetzt unter Herrn Ebert. Weil Herr Ebert eine persönliche Einstellung als Sozialdemokrat hat, lehnt er ab, was er als Demokrat und Republikaner tun müßte: der stärksten Partei die Regierungsbildung zu übertragen. Im Ausland versteht man diese Art von deutscher Demokratie immer weniger, und am meisten werden die neuen Machthaber in Paris lächeln, weil sie diese Anpassung einer so-genannten Demokratie an die Macht eines einzelnen nicht so-genannten. — Die deutschfeindliche "Neue Zürcher Ztg." schreibt, Demokraten müßten auch dem Gegner seine parlamentarischen Rechte einräumen, nur dadurch bekämpfe man politische Par-teien. Was aus Berlin gemeldet werde, habe mit Demokratie nichts zu tun, sondern stelle ein Novum in der Geschichte aller Demokratien der Welt dar.

Ein Dementi Dr. Strefemanns.
Berlin, 4. Juni. Den Gerüchten über den Verlauf der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, die am späten Abend im Reichstag umflossen, tritt Reichsaussen-minister Dr. Strefemann entgegen, indem er erklärt, es sei un-wahr, daß er in der gestrigen Sitzung der Fraktion eine halbstündige Rede gehalten hätte, in der er für seine Person eingetreten wäre und von seiner Tätigkeit für die Deutsche Volkspartei oder für die Außenpolitik gesprochen hätte. Nicht ein Wort davon sei von ihm in der Fraktion ge-sprochen worden. Die Frage des Außenministeriums sei überhaupt nicht erörtert worden. Wahr sei, daß er nach den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz ge-sprochen und die Notwendigkeit betont habe, seitens der neuen Regierung alles darauf einzusetzen, um die Verab-schiedung des Sachverständigengutachtens baldmöglichst durch-zuführen.

Das Ausland zur deutschen Regierungsbildung

Englisches Urteil über das neue Kabinett.
London, 4. Juni. In dem Berliner Bericht eines Lon-doner Blattes über die in der letzten Woche stattgehabte Sitzung des Reichstages, die Deutschland in der letzten Zeit durchgemacht hat, hat seine so sehr zum Vorden gelangte, wie die gegenwärtige. Die Folgen müssen natürlich sein, daß eine neue Regierung, die so deutlich das Gepräge parlamen-tarischer Gleichgewichtigkeit trägt, und die so wenig als Ver-förderung des bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillens betrachtet werden könne, gegenüber dem Ausland von vornherein die denkbar geringste Autorität besitze. Die deutsche Außenpolitik erleihe durch diese Parteilichkeit und durch die persönliche Haltung einzelner Politiker den größten Schaden. Den besten Beweis dafür liefere die Bemerkung MacDonalds in der gestrigen Unterhausdebatte, der auf eine Anfrage erklärte, das Haus dürfe versichert sein, daß die englische Regierung über ihre Auffassung hinsichtlich der deutschen Regierungsbildung, insbesondere hinsichtlich der Ernennung des Admirals v. Tirpitz zum Reichszentraler, in Berlin keinen Zweifel gelassen habe. Wenn der Regierungs-leiter eines fremden Staates es für angebracht halte, in offener Parlamentssitzung mit solcher Selbstverständlichkeit die Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten auszusprechen, so gelte das am besten, wieviel Deutschland mit der gegen-wärtigen parlamentarischen Methode gekommen sei und welches Ansehen es sich damit in der Welt erworben habe.

Ein Novum in der Geschichte der Demokratie.
Die Schweiz über Ebert.
(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)
Basel, 4. Juni. Die Schweizerische Presse aller Partei-schattierungen verurteilt vom demokratischen Standpunkte aus die Vorgänge, die in Deutschland die Regierungs-neubildung begleiten. Der "Basler Anz." schreibt: Nie hat in Deutschland der Wille eines einzelnen unbeschränkter ge-herrscht als jetzt unter Herrn Ebert. Weil Herr Ebert eine persönliche Einstellung als Sozialdemokrat hat, lehnt er ab, was er als Demokrat und Republikaner tun müßte: der stärksten Partei die Regierungsbildung zu übertragen. Im Ausland versteht man diese Art von deutscher Demokratie immer weniger, und am meisten werden die neuen Machthaber in Paris lächeln, weil sie diese Anpassung einer so-genannten Demokratie an die Macht eines einzelnen nicht so-genannten. — Die deutschfeindliche "Neue Zürcher Ztg." schreibt, Demokraten müßten auch dem Gegner seine parlamentarischen Rechte einräumen, nur dadurch bekämpfe man politische Par-teien. Was aus Berlin gemeldet werde, habe mit Demokratie nichts zu tun, sondern stelle ein Novum in der Geschichte aller Demokratien der Welt dar.

Ein Dementi Dr. Strefemanns.
Berlin, 4. Juni. Den Gerüchten über den Verlauf der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, die am späten Abend im Reichstag umflossen, tritt Reichsaussen-minister Dr. Strefemann entgegen, indem er erklärt, es sei un-wahr, daß er in der gestrigen Sitzung der Fraktion eine halbstündige Rede gehalten hätte, in der er für seine Person eingetreten wäre und von seiner Tätigkeit für die Deutsche Volkspartei oder für die Außenpolitik gesprochen hätte. Nicht ein Wort davon sei von ihm in der Fraktion ge-sprochen worden. Die Frage des Außenministeriums sei überhaupt nicht erörtert worden. Wahr sei, daß er nach den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz ge-sprochen und die Notwendigkeit betont habe, seitens der neuen Regierung alles darauf einzusetzen, um die Verab-schiedung des Sachverständigengutachtens baldmöglichst durch-zuführen.